

Jüdisches Leben in Deutschland von der Emanzipationszeit bis zum Ende der Weimarer Republik^{*)}

Mechthild Jahn

1. Mein persönlicher Zugang zum Thema

1987 und 1988 schrieb ich im Fach Politikwissenschaft meine Magisterarbeit zum Thema „Der deutsche Zionismus zur Zeit der Weimarer Republik – Ideologie und Praxis in der Reaktion auf den Antisemitismus“. Meine Motivation dabei war, der allgemein wahrnehmbaren Auffassung entgegenzuwirken, als habe es sich bei der deutschen Judenheit um eine einheitliche Gruppe d. h. um „die Juden“ gehandelt.

Meine Kenntnisse über die jüdische Minderheit in Deutschland basierten auf einem Schulunterricht, der mir vermittelt hatte, daß nach einer jahrhundertalten Judenfeindschaft, die bis in die Antike zurückreicht, in der Zeit des Nationalsozialismus um die 6 Millionen Juden durch Deutsche ermordet worden waren. Ich hatte Juden als anonyme Opfer des „Holocaust“, nicht aber als Menschen mit Gefühlen, Hoffnungen und Ängsten, vor allem aber mit einem bewundernswerten Selbstbehauptungswillen und einer fast rührenden Vaterlandsliebe kennengelernt.

Im Jahr 1986 lud mich meine Tante ein, im Rahmen einer ökumenischen Studienreise mit ihr nach Ägypten und Israel zu reisen. Dort stieß ich – insbesondere durch unseren „Guide“, der selbst aus Mannheim stammte und 1938 nach Palästina ausgewandert war – auf mir bisher unbekannte Spuren deutscher Geschichte. Erstmals erkannte ich die Verbindung zwischen meiner eigenen Geschichte als Deutsche und dem Land Israel. Auch später traf ich in Israel so gut wie nie auf Ablehnung, meist dagegen auf eine Offenheit und Vertrautheit, die – so wurde mir später klar – auf Freude und Dankbarkeit über die unverhoffte Begegnung mit der noch immer geliebten deutschen Kultur- und Sprachwelt zurückzuführen waren.

2. Emanzipation und Assimilation

Vor der Emanzipation spielte sich nicht nur das religiöse und kulturelle, sondern auch das soziale und politische Leben der Juden in Deutschland in der jüdischen Gemeinschaft ab. Sie waren nur durch wirtschaftliche Beziehungen mit ihrer Umwelt verbunden. Dies änderte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Mit der europäischen Aufklärung, deren veränderter Religionsauffassung und neuen Humanitätsidee wurde eine Begegnung zwischen jüdischen und christlichen Intellektuellen möglich. Um Moses Mendelssohn in Berlin entwickelte sich die jüdische Aufklärungsbewegung („Haskala“). Hauptziele der Reformen waren die Reinigung der hebräischen Sprache, die Einführung des Hochdeutschen als Umgangssprache der Juden und die Erweiterung der jüdischen Bildung durch säkulare Kenntnisse. Bildung sollte eine Angleichung an die Umwelt erleichtern, Emanzipation und soziale Anerkennung der Juden in der Gesellschaft herbeiführen.

Anknüpfend an Mendelssohn, der in seinem Leben und Denken das traditionelle Judentum noch mit der europäischen Kultur seiner Zeit vereint hatte, begannen seine Nachfolger, an der fortgesetzten Gültigkeit einzelner Gebote des jüdischen Religionsgesetzes zu zweifeln. Man glaubte nun, das Judentum erreiche eine höhere religiöse Entwicklungsstufe, wenn es seine Frömmigkeit von der Bindung an das Gesetz befreie und sich als ethischer Monotheismus verstehe. In Anlehnung an protestantisch-kirchliche Formen wurden Orgelspiel, Chorgesang und deutsche Predigten in die Synagoge eingeführt; mancherorts wurde selbst der Synagogengang auf den Sonntag verschoben. Reformrabbiner verzichteten demonstrativ auf die Gebete der Exilzeit, die der ersehnten Rückkehr des jüdischen Volkes nach Palästina und der dortigen Wiedererrichtung des Tempels nach dem Erscheinen des Messias galten. Die nationale Tendenz des jüdischen Messianismus erschien den meisten als überholt und unvereinbar mit der Zugehörigkeit der Juden zur deutschen Nation. So hieß es im Programm der jüdischen Gemeinde zu Worms vom 23. Juni 1848: *Wir dürfen nicht mehr mit dem Munde um die Rückkehr nach Palästina beten, während unser Herz doch mit den stärksten Banden an das deutsche Vaterland gekettet ist, während das Geschick desselben mit dem unseren unauflöslich verbunden ... ist. Wir dürfen nicht um die Zerstörung des Tempels in Schutt und Asche trauern, während wir längst ein anderes, uns so teuer gewordenenes Vaterland besitzen* (zitiert nach Achim von Borries, S. 256).

Das traditionelle Judentum hörte nunmehr auf, den Alltag seiner Anhänger umfassend zu prägen und wurde reduziert auf die Konfession. Aus dem Ghettojuden entstand der „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“, der sich dem liberalen Bildungsbürgertum zunehmend öffnete. Mit der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ gründete der Reformrabbiner Abraham Geiger (1810–1874) in Berlin eine liberale Bildungsstätte. Hielt die Neo-Orthodoxie in Anlehnung an ihren führenden Theoretiker Samson Raphael Hirsch (1808–1888) auch an der Treue zum Gesetz und ihrer Verbundenheit mit der Judenheit in aller Welt fest, so zeigten sich deren Vertreter nicht weniger patriotisch und weltlicher Bildung und Kultur gegenüber aufgeschlossen.

Die zunehmende Aufgabe streng jüdischer Lebensformen bei der Mehrheit des liberalen Bildungsbürgertums stürzte die jüdische Minderheit in eine tiefe Identitätskrise, die sich über Hintanstellung und Verleugnung des eigenen Judentums bis zum Selbsthaß steigern konnte. Christliche Taufen fanden weniger aus aufstiegsorientierten oder religiösen Motiven denn infolge des Drucks durch den Antisemitismus statt. Davon legt nicht nur das Wort Heinrich Heines von der Taufe als „Entrée-Billet zur europäischen Gesellschaft“ Zeugnis ab; dies belegen auch zahlreiche Erinnerungen anderer deutscher Juden.

3. Jüdische Emanzipation als „Erziehungsvorgang“

Im Gegensatz zu Frankreich, wo es sich um einen einmaligen revolutionären Akt handelte, der den Juden mit einem Federstrich die Gleichberechtigung zugestand, war die Emanzipation der Juden in Deutschland ein allmählicher und stufenweiser Prozeß, der durch Rückschritte verzögert wurde. Prinzipiell wurde sie nicht als Rechtsakt, sondern als Erziehungsvorgang verstanden. Den jüdischen Bürgern in Deutschland sollte erst dann die völlige Gleichberechtigung zugestanden werden, wenn sie sich diese durch Wohlverhalten verdient

hätten. Mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes am 3. Juli 1869 war die Emanzipation formalrechtlich besiegelt worden; mit Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 wurde sie für ganz Deutschland bestätigt. Tatsächlich sollte den Juden als Individuen alles zugestanden, als „Nation“ dagegen alles verweigert werden. Der moderne weltliche Staat christlicher Prägung duldet keine sich seinen Tendenzen entziehende Sondergruppe.

Hier traf er sich mit dem Wunsch eines Großteils der jüdischen Minderheit, veraltete Lebensformen abzustreifen. In der formellen Gleichberechtigung sah man auf Seiten der Juden die langersehnte rechtliche Bestätigung ihrer – ihnen längst selbstverständlich gewordenen – inneren Zugehörigkeit zu der nun politisch geeinten deutschen Nation: *Wir waren so glücklich, endlich einmal als freie Bürger an dem Wohle des Landes arbeiten zu dürfen, dessen Sprache wir redeten, dessen Ruhm auch der unsere war, in dessen Heere, in dessen Verwaltung auch unsere Glaubensgenossen sich ausgezeichnet hatten*, hieß es 1887 in der „Israelitischen Wochenschrift“ (zitiert nach A. v. Borries, S. 257).

Trotz des Abschlusses der bürgerlichen Emanzipation gab es bis zum Beginn der Weimarer Republik in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens nach wie vor eine faktische Zurücksetzung der Juden, so im Offizierskorps, in der Beamtenschaft sowie an den Universitäten, wo Juden auch bei hoher wissenschaftlicher Qualifikation nur in Ausnahmefällen auf ordentliche Lehrstühle berufen wurden. Während die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Holland, England, Frankreich und den USA – so kürzlich der aus Wien stammende israelische Historiker Walter Grab – durch weitgehend von der Bevölkerung getragene Bewegungen als demokratische Errungenschaften hervorgebracht wurden, gewährten in Deutschland und Österreich Monarchen den Juden dieses Recht. Die gesellschaftliche Anerkennung blieb ihnen jedoch verwehrt.

4. Antisemitismus als moderne Form des Judenhasses

Durch den schicksalhaften Zusammenfall der jüdischen Emanzipation mit dem Übergang Deutschlands zur bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft nach der Reichsgründung exponierten sich Juden bald im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Der wirtschaftliche Aufstieg der Juden bei gleichzeitiger Verarmung vieler Bauern und des Mittelstands barg sozialen Sprengstoff in sich und förderte den im letzten Drittel des Jahrhunderts zunehmend rassistisch begründeten Antisemitismus, gegen den alle Argumente letztlich machtlos bleiben mußten. Im Jahr 1879 trugen vor allem die öffentliche Stellungnahme des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker und des preußischen Historikers Heinrich von Treitschke dazu bei, daß der Antisemitismus nicht nur im Klein-, sondern auch im Bildungsbürgertum verankert wurde. Stoecker bezichtigte die Juden, sie blieben *ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse*. Sein Vorwurf lautete: *Dem germanischen Wesen setzen sie ihr ungebrochenes Semitentum, dem Christentum ihren starren Gesetzeskultus oder ihre Christenfeindschaft entgegen*. Treitschke bezweifelte den Willen *zahlreicher und mächtiger Kreise unseres Judentums, schlechtweg Deutsche zu werden*. Der Historiker sah die Nation von einem *Schwarm von heimatlosen internationalen Journalisten und kosmopolitischen Geldmächten* bedroht. Als einstiger Liberaler wollte er zwar die Gleichberechtigung der Juden nicht angetastet sehen, verlangte jedoch in herrisch-drohen-

dem Ton ein unbedingtes nationales Wohlverhalten der Juden und ihre vorbehaltlose Anpassung an die Normen der christlich-germanischen Nation.

Im Jahr 1881 forderte eine dem deutschen Reichskanzler übergebene Petition mit 225 000 Unterschriften eine *neue Sondergesetzgebung zur Eindämmung des übermächtigen und verderblichen Einflusses der Juden im neuen Reich, ... die Emanzipation des deutschen Volkes von einer Fremdherrschaft, welche es auf die Dauer nicht zu ertragen vermag* (zitiert nach A. v. Borries, S. 259-262). Zum ersten Mal traten jetzt Parteien auf den Plan, die antisemitische Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Programme stellten. Angesichts der Debatte zur Judenfrage im Preußischen Abgeordnetenhaus im November 1880 fühlte sich der deutsch-jüdische Heimatdichter Berthold Auerbach zu der Aussage veranlaßt: *Vergebens gelebt und gearbeitet! Das ist der zermalmende Eindruck, den ich von dieser zweitägigen Debatte ... habe. Und wenn ich mir auch immer wieder sage, es ist vielleicht nicht ganz so arg, so bleibt doch die entsetzliche Tatsache, daß solche Roheit, solche Verlogenheit und solcher Haß noch möglich sind ... Das Bewußtsein, was noch in deutschen Menschen gehegt wird und was unversehens explodieren kann, das ist untilgbar* (zitiert nach Borries, S. 262).

Während sich Deutschlands Juden in den Ausruf des deutschen Kaisers zu Beginn des ersten Weltkrieges *Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche* einbezogen fühlten und geschlossen zu den Fahnen eilten, demonstrierte schon die im Oktober 1916 vom preußischen Kriegsministerium angeordnete *Judenzählung* erneut den politisch und gesellschaftlich tief verankerten Antisemitismus. Deren Ziel bestand darin, jüdisches Drückebergertum an der Front und nationale Unzuverlässigkeit nachzuweisen. In Wahrheit belegten spätere Untersuchungen, daß im Ersten Weltkrieg von den 100 000 jüdischen Kriegsteilnehmern rund 12 000 gefallen waren. Das entsprach dem Prozentsatz der Nichtjuden unter den Kriegstoten.

Erst mit Beginn der Weimarer Republik standen auch Juden Positionen in Staat und Gesellschaft offen, die ihnen – von Ausnahmen abgesehen – im Kaiserreich verwehrt worden waren. Folgerichtig traten sie im öffentlichen Leben stärker in Erscheinung, so unter anderem als Regierungsvertreter auf Reichs- und Landesebene. Völkische und nationalistische Kreise, die zugleich Feinde einer demokratischen Neuordnung waren, machten jetzt Juden und Bolschewisten für die deutsche Niederlage im 1. Weltkrieg verantwortlich und prangerten die auf Liberalismus, Demokratie und Pazifismus basierende Republik als *Judenrepublik* an. Sowohl in der kommunistischen Partei als auch bei den Sozialdemokraten fanden sich Juden an exponierter Stelle. Einen spezifischen Ansatzpunkt für die Judenhetze bot zudem die starke Zuwanderung von osteuropäischen Juden nach Deutschland infolge anhaltender Pogrome in deren Heimat und ihrer Verschickung aus den besetzten Ostgebieten ins Deutsche Reich, wo sie als billige Arbeitskräfte gebraucht wurden. Diese zeichneten sich vielfach durch ein besonderes äußeres Erscheinungsbild aus. In Kunst und Kultur gehörten Juden oft zur intellektuellen Avantgarde, was konservative und völkische Kreise dazu veranlaßte, eine *Befreiung der deutschen Kultur von der Verjudung* zu fordern.

Die Judenemanzipation fiel zusammen mit dem Übertritt Deutschlands zur modernen bürgerlichen Gesellschaft, die Liberalismus und Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Je mehr die politische und wirtschaftliche Krise

durch den Sturz der Monarchie, die Folgen des Versailler Vertrages, Revolution, Inflation und Weltwirtschaftskrise sich verschärfte, desto hemmungsloser offenbarte sich in der Weimarer Zeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen der Antisemitismus. Die meisten Juden waren sich bewußt, daß ein Scheitern der Demokratie auch ihre eigene Existenz bedrohen würde. Als *wie wahr* sich diese Einschätzung erweisen würde, war jedoch auch ihnen nicht vorstellbar.

5. Zur Organisation jüdischen Lebens im Deutschen Reich

Im Jahr 1871 lebten im Deutschen Reich 512 000 Juden – das waren 1,2 Prozent der Bevölkerung. Obwohl das Bevölkerungswachstum rückläufig war (bei der Machtübernahme der Nazis waren es noch 0,8 Prozent) hatten sie gegen Ende der Weimarer Republik durch zunehmende Konzentrierung in den Städten und in einzelnen Berufsgruppen sowie durch die verstärkte Zuwanderung von Ostjuden an Sichtbarkeit zugenommen.

1933 gab es 1611 jüdische Gemeinden im Deutschen Reich, von denen die meisten kleine Restgemeinden auf dem Lande waren. Die größten Gemeinden waren 1925 Berlin mit fast 173 000 Mitgliedern, Frankfurt mit fast 30 000 Mitgliedern und Breslau mit ca. 24 000 Mitgliedern. Danach folgten Hamburg, Köln, Leipzig und München. Die Berliner Gemeinde beschäftigte allein 1500 Beamte. Nicht nur für Rabbiner, Synagogen und Friedhöfe hatten die Gemeinden zu sorgen, sondern auch für Sozialhilfe, jüdische Schulen, Krankenhäuser und Altenheime. Man unterhielt Bibliotheken, Gemeindezeitungen, verwaltete Stiftungen und Pensionskassen. Da die Kleingemeinden bald allein nicht mehr fähig waren, das religiöse Leben aufrechtzuerhalten, schlossen sich viele Gemeinden auf Landesebene zusammen. Der 1922 gegründete „Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden“ umfaßte zwei Drittel aller deutschen Juden und hatte über 700 Mitgliedsgemeinden (Vgl. M. Richarz, S. 35 f).

Daneben gab es eine große Anzahl von überregional arbeitenden jüdischen Organisationen, die sich – wie die „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ – vornehmlich sozialen Aufgaben wie der Integration von Ostjuden widmeten. Aufgrund der zunehmenden Politisierung des jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus gewannen vor allem der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (im Folgenden CV) und die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ (im Folgenden ZVfD) an Bedeutung. Daneben seien der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“, eine patriotische Veteranenorganisation als Folge des Ersten Weltkrieges, sowie der „Verband nationaldeutscher Juden“, ein national-deutsch und anti-kommunistisch gesinnter Verein, hier erwähnt. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstanden zudem – als *Kind der europäischen Jugendbewegung* und Folge der Diskriminierung an den Universitäten und des Ausschlusses von Juden aus deutschen Burschenschaften (so seit 1896) und anderen deutschen Vereinen – eine Reihe von jüdischen Jugendorganisationen, in denen sich auch die unterschiedlichen Einstellungen zum Antisemitismus widerspiegelten.

Einen Gesamtverband aller Juden in Deutschland gab es angesichts der erbitterten politischen Meinungskämpfe insbesondere zwischen CV und ZVfD über die Notwendigkeit eines Abwehrkampfes bis 1933 nicht. Erst im September 1933 wurde als gemeinsame Repräsentanz der verschiedenen Gruppierungen des deutschen Judentums unter Führung des angesehenen Berliner Rabbiners Dr. Leo Baeck die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ gegründet.

Diese mußte nach Erlaß der „Nürnberger Gesetze“ im Jahr 1935 zwangsweise ihren Namen in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland und 1939 in Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ (Vgl. M. Richarz, S. 47–54) ändern.

6. CV und ZVfD als Widersacher beim Kampf gegen den Antisemitismus

1893 – als Reaktion auf die Wahlerfolge der Antisemitenparteien in Deutschland (16 Sitze im Reichstag) – wurde der CV gegründet, in dessen Programm formuliert war: *Wir sind nicht deutsche Juden, sondern deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Mit Juden anderer Länder haben wir ebensoviel gemeinsam wie deutsche Katholiken und Protestanten mit Katholiken und Protestanten anderer Länder.* Die Mitglieder des CV standen damit fest auf dem Boden der Assimilation. Sie hielten den Antisemitismus für eine *Kinderkrankheit der Emanzipation* und damit letztlich für heilbar. Der CV kämpfte gegen die Diskriminierung von Juden im öffentlichen Leben und bemühte sich um eine Beschleunigung der Assimilation an nichtjüdische Standards und Kulturwerte. Seine Hauptaufgabe sah er in rationaler Aufklärungsarbeit über die Unhaltbarkeit antisemitischer Vorurteile und im Rechtsschutz. Seine wichtigsten Publikationen waren die regelmäßig erscheinende „CV-Zeitung“, ein „Anti-Nazi-Handbuch“, ein „Weißbuch über den NS-Terror“ und eine Lose-Blatt-Sammlung namens „Anti-Anti“, in der alle antisemitischen Argumente gesammelt und sorgfältig widerlegt wurden. 1925 hatte der CV 70 000 Mitglieder; gesinnungsmäßig aber fühlten sich ihm mindestens die Hälfte aller Juden in Deutschland verbunden.

1896 distanzierte sich der CV offiziell von dem aufkommenden politischen Zionismus, der durch die im selben Jahr erscheinende programmatische Schrift Theodor Herzls „Der Judenstaat“ seinen Hauptanstoß bekommen hatte. Der CV fühlte sich erneut zu der Feststellung aufgefordert, die deutschen Juden seien nicht national, sondern nur religiös und geschichtlich miteinander verbunden: *Geburt, Erziehung, Sprache und Gefühle haben uns zu Deutschen gemacht und keine Zeitströmung kann uns unserm teuren Vaterlande entfremden* (zitiert nach Borries, S. 275). Auf Initiative der Münchner Jüdischen Gemeinde und des deutschen Rabbinerverbandes wurde 1897 verhindert, daß der erste Zionistenkongreß in München abgehalten werden konnte. Dieser mußte nach Basel ausweichen. Als offizielle Begründung mußte herhalten, daß der Zionismus unvereinbar sei mit der messianischen Verheißung der Bibel.

Für die ZVfD, deren Mitglieder in der Weimarer Zeit die Zahl 10 000 erreichten, war der Antisemitismus eine *unheilbare, seit 2000 Jahren vererbte Krankheit* (so der russische Jude Leo Pinsker in seiner Schrift 'Autoemanzipation' 1881). Zionistische Theoretiker erklärten, es komme nicht darauf an, wie sich Juden gesinnungsmäßig fühlten, sondern wie sie von der Umwelt wahrgenommen würden: als kollektiv verantwortliche Gruppe, auf die man eigene Haßgefühle projizieren könne. Wohlverhalten einzelner Juden, Hinweise auf seine edlen Eigenschaften, dauernde Identitätsbekundungen von jüdischer Seite sowie ein übertriebener deutscher Chauvinismus aus Angst vor Zweifeln an seiner staatsbürgerlichen Loyalität seien demnach überflüssig und erzeugten höchstens Argwohn und Mißtrauen auf Seiten der Nichtjuden, die hinter den ständigen apologetischen Beteuerungen nur Unsicherheit und Un-

ehrlichkeit witterten. Ein jüdischer Abwehrkampf, der auf Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit basiere, sei demnach in seiner Wirkung auf eine judenfeindliche Umwelt völlig nutzlos. Er sei nur dann verständlich und akzeptabel, wenn der Jude dadurch Würde und Selbstachtung entwickeln könne.

Zionisten setzten deshalb nicht auf eine Änderung der Gesinnung der Umwelt, sondern auf die Entwicklung jüdischen Selbstbewußtseins durch die Vermittlung positiver jüdischer Werte. Vor dem Hintergrund der jahrhundertealten Judenfeindschaft erhoffte man sich von einem gesunden Selbstbewußtsein als Juden sowie jüdischer Leistung im Rahmen des Aufbauwerkes in Palästina eine „*Rehabilitierung des Judentums*“ (Zitat Arnold Zweig, zit. nach M. Jahn, S. 93). So schrieb der Sekretär und ideologische Vordenker der ZVfD Kurt Blumenfeld im Jahr 1915: *Wir Zionisten können täglich feststellen, daß wir uns, gerade weil wir mit jüdischer Offenheit den anderen gegenüber treten, aufrichtige Freunde erwerben und dem jüdischen Namen Achtung verschaffen. Die wahre Achtung unserer Gemeinschaft werden wir uns allerdings erst dann erringen, wenn wir wiederum zu eigener Leistung gelangen. Der Schaffende kann gehaßt, aber niemals verachtet werden. Das Zusammenfassen aller jüdischen Kräfte zur großen Tat des neuen jüdischen Lebens in Palästina, an dessen Glanz und lebendigem Schaffen ein jeder Jude Teil hat, das bedeutet die Überwindung der furchtbaren Verachtung der Jahrtausende* (zitiert nach M. Jahn, S. 90).

Folgerichtig war das Hauptaugenmerk der Zionisten nicht auf den Abwehrkampf des Antisemitismus in Deutschland, sondern auf das Aufbauwerk in Palästina gerichtet, wobei insbesondere die erste Generation der deutschen Zionisten um Max Bodenheimer und Franz Oppenheimer für die von Pogromen bedrohten Ostjuden eine Heimstätte in Palästina suchten; für sie selbst stand eine Übersiedlung meist außer Diskussion. Nur auf Druck dieser zionistischen Funktionäre und später einzelner zionistischer Basisgruppen kam es zwischenzeitlich wiederholt zu Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem CV und dem RjF, der die Ehre der jüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges gegen antisemitische Angriffe nicht nur verbal, sondern auch physisch zu verteidigen suchte (er zählte im Jahr 1934 etwa 30000 Mitglieder). Kaum denkbar erschien dagegen eine Kooperation mit dem ultrarechten „Verband nationaldeutscher Juden“ (er hatte nie mehr als einige Hundert Mitglieder), da er unter seinem Vorsitzenden Max Naumann sich nicht nur offen feindselig gegen die Ostjuden in Deutschland richtete, sondern selbst Propaganda für Hitler betrieb. Aus Angst vor einem weiter anwachsenden Antisemitismus betonten die meisten Juden ihre Distanz zu den Ostjuden, da sie sich mehr als Deutsche denn als Juden fühlten. Nur die Zionisten sahen in ihnen einen natürlichen Verbündeten, da sie ihre traditionelle jüdische Identität gepflegt hatten und nun als potentielle Mitglieder galten. Im Jahr 1912 setzte die junge Generation der Zionisten um Kurt Blumenfeld auf dem Posener Delegiertentag eine Resolution durch, derzufolge jeder Zionist die Übersiedlung nach Palästina in seinen persönlichen Lebensplan aufzunehmen habe. Die immer schärferen Auseinandersetzungen zwischen erster und zweiter Generation der ZVfD über Sinn und Unsinn eines politischen Engagements in Deutschland und damit auch eines jüdischen Abwehrkampfes gegen den Antisemitismus veranlaßten einen der wenigen zionistischen Beamten und Abgeordneten im Preußischen Landtag, Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, im November 1926 zu

den Worten: *Es herrscht eine heillose Zersplitterung und eine innere Selbstzerfleischung im Judentum. Es gibt heute einen Feind des deutschen Juden: die deutschen Juden selber* (zitiert nach M. Jahn, S. 131).

Verfolgt man die „Jüdische Rundschau“, das Zentralorgan der ZVfD, in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die bis zum Jahr 1932 über antisemitische Vorfälle in Deutschland lediglich unter der Rubrik „Aus der jüdischen Welt“ berichtet hatte, so machte sich am Ende auch auf Seiten der Zionisten wachsende Enttäuschung und Verbitterung breit. Mit Resignation wurde zur Kenntnis genommen, daß staatliche und gesellschaftliche Institutionen wie Polizei, Gerichte, Presse, Parteien, Kirchen, aber auch prominente Persönlichkeiten sich zunehmend weigerten, für die Rechte und menschliche Würde der Juden einzutreten. So heißt es am 15. September 1931 in der „Jüdischen Rundschau“: *Wir leben in einer Welt der Gleichgültigkeit, des Unverständnisses und des Hasses, der sich auf alles Jüdische bezieht und bei jeder Gelegenheit aufkochen kann zu einer Entladung gegen alle Juden ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung und ihrer politischen Ansichten* (zitiert nach M. Jahn, S. 175). Zu Beginn des Jahres 1932 konstatiert die „Jüdische Rundschau“ zwar nur noch eine politische, keine grundsätzliche Auseinandersetzung mehr mit dem CV, aber die Zionisten sehen sich durch den Gang der Ereignisse erneut bestätigt. Der Antisemitismus sei *keine vorübergehende Erscheinung, seine Mühlen werden nicht durch unsere Wasser in Gang gesetzt. Der assimilierte, mit allen Geheimnissen der deutschen Kultur vertraute, wohlgesittete, unbeirrt deutsch gesinnte jüdische Deutsche wird der jüdischen Gemeinschaft genauso zugerechnet wie ein wilder Zionist* (zitiert nach M. Jahn, S. 177).

7. Deutschland als geistiges und emotionales Zuhause von „Assimilanten“ und Zionisten

Durch die Radikalität seiner Ideologie, die eine Abkehr von Assimilation und Emanzipation forderte, übte der Zionismus gerade auf die jüdische Jugend eine starke Anziehungskraft aus. Mit der Zusage des englischen Außenministers, Lord Balfour, in Palästina eine *jüdische Heimstätte* zu schaffen, erhielt die ZVfD im Jahr 1917 weiteren Zulauf. Zwischen 1919 und 1933 gingen aber nur ca. 2000 ihrer Anhänger als *Pioniere* nach Palästina, etwa die Hälfte kehrte auf Grund härtester Lebensbedingungen und der beginnenden politischen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern in die alte Heimat zurück.

Die Mehrheit der zionistischen Funktionäre entschloß sich – trotz der Formel des Jahres 1912 – erst zur Emigration, als keine andere Wahl mehr zu bleiben schien. Zionisten waren gefühlsmäßig und intellektuell nicht weniger mit der deutschen Kultur- und Geisteswelt verbunden als die assimilierten Juden des CV, die sich immer wieder offen zu ihrer Liebe bekannten. Was beide Gruppen unterschied, war die Antwort auf ihre persönliche oder auch kollektive Erfahrung des Antisemitismus. Nach Robert Weltsch, damals Herausgeber der „Jüdischen Rundschau“, kehrte der Zionismus die von der Umwelt „als negativ empfundene Andersartigkeit der Juden um und machte aus ihr eine auszeichnende Wirklichkeit“ (zitiert nach M. Jahn, S. 190). Die zionistische Ideologie gab ihren Anhängern die innere Stabilität, um in einer feindlichen Umwelt besser bestehen zu können. Je geringer die eigene jüdische Identität und je größer die Empfindung der Ausgeschlossenheit aus einer Welt, der man zuge-

hören will, desto aufnahmebereiter war man für die Entdeckung der eigenen jüdischen Wurzeln und die Idee des Zionismus.

Für Ernst Simon war die vom preußischen Kriegsministerium angeordnete *Juden­zählung* äußerer Anstoß für das Erwachen aus dem *Traum der Gemeinsamkeit* von Deutschen und Juden: *Mit einem furchtbaren Schlage tat sich vor uns zum anderen Male die tiefe, nie verschwundene Kluft auf, die nicht durch gemeinsames Leiden und Bluten, nicht durch gemeinsame Sprache und Arbeit, nicht einmal durch gemeinsame Zivilisation und Gesittung überbrückt werden kann, die Kluft, die jenseits von Schuld und Verfehlung, von gutem oder bösen Willen liegt, die naturgegebene Voraussetzungen hat und ihrer Natur nach keinen Berechnungen noch so scharfsinniger Art zugänglich ist* (zitiert nach M. Jahn, S. 71).

In dieser seelischen Situation wurde für viele Juden die Begegnung mit den ostjüdischen Brüdern an der Front, die durch ihr 'gelebtes' Judentum einander verbunden waren, zu einer Art „religiöser Offenbarung“. Der Berliner Religionsphilosoph Gerschom Scholem, einer der wenigen, die schon vor 1933 nach Palästina ausgewandert waren, weigerte sich bis zu seinem Lebensende, anzuerkennen, daß je eine *deutsch-jüdische Symbiose* bestanden habe. Er schrieb in späteren Jahren im Rückblick: *Der Versuch der Juden, sich den Deutschen zu erklären und ihre eigene Produktivität ihnen zur Verfügung zu stellen, sogar bis zur völligen Selbstaufgabe, ist ein bedeutendes Phänomen. ... Niemals hat etwas diesen Schrei erwidert, und es war diese einfache und ach, so weitreichende Wahrnehmung, die so viele von uns in unserer Jugend betroffen und uns bestimmt hat, von der Illusion eines Deutschjudentums abzulassen* (zitiert nach M. Jahn, S. 58).

Wie sehr auch Zionisten in Deutschland bis zuletzt durch stolzes Bekenntnis zum Judentum und durch den Aufbau in Palästina auf Anerkennung und Respekt von Seiten der Nichtjuden hofften, um Deutschland letztlich nicht verlassen zu müssen, zeigt der Leitartikel von Robert Weltsch in der „Jüdischen Rundschau“ vom 4. April 1933, drei Tage nach dem ersten Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland. Er war überschrieben mit den Worten: *Tragt ihn mit Stolz den gelben Fleck*. Dort heißt es: *Daß die Boykottleitung anordnete, an die boykottierten Geschäfte Schilder mit gelbem Fleck auf schwarzem Grund zu heften, ist ein gewaltiges Symbol. Diese Maßnahme ist als Brandmarkung, als Verächtlichmachung gedacht. Wir nehmen sie auf und wollen daraus ein Ehrenzeichen machen* (zitiert nach M. Jahn, S. 182/183).

Erst Jahre später gestand Weltsch, daß er diesen Artikel, der ihm Tausende von zustimmenden Briefen aus der gesamten jüdischen Bevölkerung eingebracht hatte, schwer bereut habe. Hätte er damals auch nur im Entferntesten geahnt, was noch folgen sollte, so wäre es seine Pflicht gewesen, alle Juden zur sofortigen Flucht und Emigration aus Deutschland zu bewegen.

8. Was folgt aus dem Gestern für das Heute?

Was mich bei Sichtung der historischen Quellen am meisten bewegt und zugleich beunruhigt hat, war die Erkenntnis, daß Juden in Deutschland weder auf moralischen Zuspruch noch gar auf tatkräftige Unterstützung von Seiten der Nichtjuden rechnen konnten. Nachdem sich die bürgerliche Mitte in der Weimarer Zeit mehrheitlich rechten Parteien zugewandt hatte, hofften die

Juden nach 1930 nur noch auf die – wie sie als „Reichsfeinde“ verfemten – Sozialdemokraten, was sich u. a. in jüdischen Wählerstimmen bemerkbar machte. In der nichtjüdischen Bevölkerung stellte sich kaum einer – war er nicht in irgendeiner Weise selbst betroffen – die berechtigte Frage nach der Begründung des Judenhasses. Unter der Nazi-Herrschaft – als Angst vor eigener Verfolgung hinzukam – fragte schließlich niemand mehr, wo die Nachbarn geblieben, Bekannte und Freunde hin verschwunden waren (*vermutlich ins Ausland oder, vielleicht zu recht, in ein Arbeitslager...?*).

Verantwortlich dafür scheinen mir nicht nur ein gesellschaftlich fest verankerter Antisemitismus, obrigkeitsstaatliches Denken, Opportunismus und Ignoranz, sondern vor allem fehlende Zivilcourage und Mut zur eigenen Gewissensprüfung.

Kein Wunder – so sage ich mir –, daß sich Juden in Deutschland und in aller Welt heute lieber auf sich selbst als auf andere verlassen. Das Vertrauen auf/in andere mußte und muß erst langsam wieder aufgebaut werden. Rechtsextremistische Ausschreitungen gegen Minderheiten in Deutschland, zweifelhafte Gerichtsurteile und -verfahren gegenüber Neonazis und Auschwitz-Leugnern, eine mangelnde offensive Auseinandersetzung mit der „Neuen Rechten“ und damit Unsensibilität gegenüber den Opfern geben wenig Anlaß zur Hoffnung, daß dies je erreicht werden kann.

Heute gilt es erneut, unsere freiheitliche Demokratie zu verteidigen, deren Wert und Bedeutung in der Weimarer Zeit von der Mehrheit des deutschen Volkes nicht erkannt wurde. Menschliches Scheitern und historische Schuld angesichts einer schleichenden Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten, die letztlich zur Katastrophe des Holocaust führte, mahnen uns heute mehr denn je, auf Seiten der Bedrohten und Angegriffenen zu stehen. Auch wir könnten eines Tages dazugehören.

Literatur:

Die vorliegende Darstellung wurde nach ihrem Abdruckangebot an mich auch in Jugendforum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (Hrsg.): „Jüdisches Leben in Deutschland: Was geht's uns an?“, Materialien 1, Bonn 1994, S. 6–19, veröffentlicht. Es folgt hier der durchgesehene, korrigierte und in Details geänderte Wiederabdruck. Bu.

Borries, Achim von (Hrsg.): Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1861-1945. Frankfurt/M. 1988.

Grab, Walter: Nicht ohne Gegenwehr, Jüdische Reaktionen in der späten Weimarer Republik und nach '33. Schriftenreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung: Wiesbaden 1993.

Jahn, Mechthild: Der deutsche Zionismus zur Zeit der Weimarer Republik – Ideologie und Praxis in der Reaktion auf den Antisemitismus. Magisterarbeit, Bonn 1988.

Richarz, Monika (Hrsg.): Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780-1945. München 1989.

Schoeps, Julius (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. München 1992.